

	Vorlagen-Nr.	
	1101-BR/2018	

Stadtverwaltung Eisenach

Berichtsvorlage

Dezernat	Amt	Aktenzeichen
Dezernat I	01.6	

Betreff
Rechenschaftsbericht der Beauftragten für Menschen mit Migrationshintergrund

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzungstermin	
Stadtrat der Stadt Eisenach	Ö	26.06.2018	

Finanzielle Auswirkungen			
<input type="checkbox"/> keine haushaltsmäßige Berührung <input type="checkbox"/> Einnahmen Haushaltsstelle: <input type="checkbox"/> Ausgaben Haushaltsstelle:			
HH-Mittel	Lt. HH bzw. NTHH d. lfd. Jahres (aktueller Stand) -EUR-	Haushaltausgabereist -EUR-	insgesamt -EUR-
HH/JR <u>Inanspruchnahme</u> ./.. verausgabt ./.. vorgemerkt ./.. gesperrt			
= verfügbar			
Frühere Beschlüsse			
Vorlagen-Nr.:	Vorlagen-Nr.:	Vorlagen-Nr.:	Vorlagen-Nr.:

Sachverhalt:

Die Beauftragte für Menschen mit Migrationshintergrund berichtet dem Stadtrat gemäß § 16a Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Eisenach über Ihre Tätigkeit.

gez. Katja Wolf
Oberbürgermeisterin

Anlagenverzeichnis

Rechenschaftsbericht

Rechenschaftsbericht

Ausländerbeirat und Ausländerbeauftragte 2017

Ausländerbeirat und Ausländerbeauftragte:

Ausländerbeirat:

Im Jahr 2017 haben zwei Sitzungen, am 26.06.2017 und am 23.11.2017 nach Absatz 9 § 10 Hauptsatzung der Stadt Eisenach stattgefunden.

Die Sitzung zum ersten Halbjahr erfolgte relativ spät, da eine Nachbesetzung für den Ausländerbeirat erfolgte. In der Sitzung am 26.06.2017 wurde Herr Sahit Xhemajli einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Mit Blick auf die beruflichen Verpflichtungen der Beiratsmitglieder und die damit verbundene zeitliche Begrenzung für Ehrenamtsarbeit, haben sich die Beiratsmitglieder mit ihren Möglichkeiten ehrenamtlich tätig zu sein, befasst. Die in den Vorjahren angebotenen Unterstützungen im privaten Wirkungskreis, Dolmetscher- und Begleittätigkeiten wurden und werden fortgeführt. Zusätzlich gab es den Wunsch, mehr Kenntnis von den kommunalen Strukturen im Bereich Migration zu erhalten und Kontakte zu Ämtern und Behörden zu bekommen. Hierfür wurden Frau Weimer und Frau Päßler von der Stabsstelle Soziale Stadt, Dezernat II zu Sitzung des Ausländerbeirates eingeladen. Mittels eines Vortrages und Power-Point-Präsentation wurden die Aufgaben vorgestellt. Für Unterstützungsmöglichkeiten durch den Ausländerbeirat wurde ein weiteres gemeinsames Treffen vereinbart.

Die Beiratsmitglieder werden immer wieder zu Kursvermittlung, Kursmöglichkeiten und zu Kursqualität angesprochen. Die Beiratsmitglieder haben hier insbesondere mit den Enttäuschungen von TeilnehmerInnen, welche das Kursziel nicht erreicht haben, zu tun.

Der Ausländerbeirat hat sich in mehreren, weiteren Beratungen getroffen, um zum einen Themen, wie Sprachkurse, Zugang zu Ärzten, und Hebammen zu besprechen und zum Anderen, um die zweite Sitzung vorzubereiten.

Längerfristiges Thema der Besprechungen und der Sitzungen ist die Hauptsatzung der Stadt Eisenach. Hier wünscht sich der Ausländerbeirat Änderungen.

In der Sitzung am 23.11.2017 wurden die Themen der Vorberatungen besprochen. Zugang zu Hausärzten, große Wohnungen und Wohnungen für 1-Personen-Haushalte bleiben ein Problem.

Ein offener Treff für praktische Integrationsarbeit, Beratung und Unterstützung außerhalb der professionellen Dienste ist weiterhin wünschenswert. Vorstellbar sind zentral gelegene kleinere, barrierefreie Räume, welche für kleine Gesprächsgruppen, mit der Möglichkeit Kaffee und Tee anzubieten genutzt werden können.

Die Überlegungen des Ausländerbeirates wurden in einem Schreiben zusammengefasst und an die Oberbürgermeisterin geschickt.

Kurzform:

- Erweiterung der Anzahl der Mitglieder des Ausländerbeirates, so dass alle Hauptherkunftsländer vertreten sind (Es fehlen insbesondere irakische Jesiden und Europäer.)
- Umgang mit Menschen, deren Asylverfahren negativ beschieden wird, die sich zuvor im Beirat aktiv engagiert haben. (Die Befassung des Beirates mit aufenthaltsrechtlichen Fragen ist schon durch die neu aufgestellte Systematik des Aufenthaltsgesetzes kaum möglich.)
- Die in der Hauptsatzung aufgeführten Aufgabenstellungen sind für die Beiratsmitglieder schwer umsetzbar. Hier gibt es Gesprächsbedarf.

Ausländerbeauftragte:

Im Jahr 2017 fand bei 50 möglichen Sprechzeiten 11-mal keine Sprechstunde statt. Davon fielen 7 Tage auf die tariflich gewährte Urlaubszeit und 4 Tage auf dienstlich bedingte Ortsabwesenheit.

Schwerpunkthemen in der Sprechstunde sind Anfragen nach Wohnraum, Umzugsmöglichkeiten und Zugang zu Kindergarten und Schule geblieben. Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen, insbesondere Anträge nach SGB II waren Bestandteil der Sprechstunde. Nachfragende sind sowohl Drittstaatsangehörige als auch EU-BürgerInnen gewesen.

Die guten kommunalen Strukturen, vorhandene hauptamtliche und fachspezifische Angebote haben die Nachfrage nach Beratung in der Sprechstunde im Bürgerbüro gesenkt.

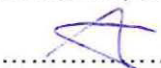
Auch in diesem Jahr erfolgte eine regelmäßige Teilnahme am Jugendhilfeausschuss und am Begleitausschuss, jeweils als beratendes Mitglied. Es erfolgte die Teilnahme am Netzwerk Integration.

Schwerpunkte sind die Vorbereitungen und Besprechungen mit dem Ausländerbeirat gewesen. In Beratungen und den Gesprächen mit den Beiratsmitgliedern wird deutlich, dass sich die Aufgabenschwerpunkte teilweise verlagern. Viele der neu nach Deutschland gekommenen Menschen haben den Integrationskurs besucht und abgeschlossen und suchen entweder nach weiterführenden Maßnahmen oder nach Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt mit ihren Qualifikationen anzukommen. Über das Jobcenter, die Arbeitsagentur und die Bildungsträger gibt es ein vielfältiges Angebot für die Zeit nach dem Abschluss des Integrationskurses. Viele der Geflüchteten und andere Zugewanderte wünschen sich Möglichkeiten die erworbenen Sprachkenntnisse in direktem Kontakt anzuwenden und zu verfestigen. Einige Angebote wie Sprach-Kaffee, Interkultureller Verein, Café International und persönliche Kontakte werden gut genutzt. Das Angebot ist aber für den Bedarf nicht ausreichend und manchmal inhaltlich nicht für alle gleichermaßen nutzbar. Es fehlen Themen-, Alters- und geschlechtsspezifische Angebote. Die Bedarfe von Älteren mit Schwierigkeiten die Sprache zu erlernen, da sie im Herkunftsland keinen, bzw. geringen Zugang zu schulischer Bildung hatten, unterscheidet sich enorm vom Bedarf gut und hochqualifizierter Menschen. Ein frauenspezifisches, Nationalitäten übergreifendes Angebot, wo insbesondere auch im Austausch mit deutschen Muttersprachlerinnen Wissen und Erfahrungen transferiert werden, fehlt völlig.

Parallel dazu entwickelt sich zunehmend in der Aufnahmegesellschaft Sorge und Ablehnung, da die Größe der Aufgabe viele unterschiedliche Menschen zu integrieren immer deutlicher wird.

Zielführend könnte hier die Entwicklung eines Projektes für eine stationäre, dauerhafte und niederschwellige Anlaufstelle für Begegnung und Austausch sein.

Eisenach, den 09.03.2018



Maike Röder.